

Frau Deitenbach erläutert den Antrag.

Herr Schmidt geht auf Punkt 1 des Antrages ein, wonach sich die Verwaltung über die Förder Voraussetzungen und Förderbedingungen des Investitionszuschusses informieren sollte. Er sehe es als selbstverständlich an, dass sich die Verwaltung auf dem Laufenden halte.

Zu Punkt 2 macht Herr Schmidt deutlich, dass in der letzten Sitzung der Beschluss gefasst worden sei, verwaltungsseitig allen Grundschulen Info-Material an die Hand zu geben, damit diese in den nächsten Schulkonferenzen eine Entscheidung treffen können. Da sich die Grundschulen noch nicht alle geäußert hätten, gebe es keinen Grund, jetzt darüber zu entscheiden, zumal keine Schule bevorzugt oder benachteiligt werden soll. Die Schulkonferenz der GGS Harmonie sollte die Verwaltung und den SchA nicht unter Druck setzen, indem sie erklärt, wenn es keine Ganztagschule gebe, würden die Betreuungsmaßnahmen abgesetzt. Weiter sei eine offene Ganztagschule erst 2007 Pflicht und der Bund habe versprochen, bis dahin die finanziellen Mittel für solche Zwecke bereitzustellen.

Herr Viehof erklärt, dass der Beschluss der Schulkonferenz Harmonie vorliege und die Verwaltung die erforderlichen Vorbereitungen für die offene Ganztagschule treffen könne.

Dies verneint Herr Ludwigs, und teilt mit, dass der Schulleiter der GGS Harmonie erst ein entsprechendes pädagogisches Konzept vorlegen müsse.

Herr Viehof regt an, einen Beschluss für die GGS Harmonie herbeizuführen. Er könnte sich aber auch vorstellen, auf die Konzepte der anderen Grundschulen zu warten.

Herr Ludwigs erklärt, dass vor kurzem eine Besprechung mit den Schulleitern stattgefunden habe mit dem Ergebnis, zunächst die Schulkonferenzen mit diesem Thema zu beschäftigen. Über deren Entscheidung werde die Verwaltung in der nächsten SchA-Sitzung berichten.

Herr Viehof stellt fest, dass die nächste SchA-Sitzung erst im Juli stattfinde, und die Antragsfrist am 30.05.2003 endet. Wenn es heute keinen Beschluss gebe, schließe er eine Förderung aus.

Herr Schmidt erklärt, dass sich die CDU nicht erpressen lasse, nur weil die anderen Grundschulen noch nicht entschieden hätten.

Herr Ludwigs macht deutlich, dass sich die Verwaltung nicht in der Lage sieht, bis zum 30.05.2003 einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Ersfeld erklärt, dass die anderen Grundschulen übergangen würden, wenn man dieses Jahr schon einen Antrag für die Grundschule Harmonie stelle. Die Grundschule Harmonie hätte den Vorteil, dass Herr Hövel über den SPD-Antrag viel früher informiert war. Er ist der Auffassung, das man den üblichen Weg gehen sollte, d. h. erst die Stellungnahme der Schulkonferenzen abwarten und dann entscheiden, ob und welche Grundschule in eine Ganztagschule umgewandelt werden soll.

Herr Hövel erklärt, dass sich die Schulleiter der Grundschulen mit der Verwaltung zusammensetzen sollten. Ein Konkurrenzkampf zwischen den Schulen sollte vermieden werden. Nach ihm vorliegenden Informationen möchte der Bürgermeister nicht nur eine Grundschule, sondern mindestens zwei Grundschulen als Ganztagschulen einzurichten.

Herr Hövel ist der Auffassung, dass die Grundschulen in Siegburg und Neunkirchen-Seelscheid die gleichen Informationen hätten wie die Grundschule Harmonie. Diese hätten bereits Anträge gestellt. Die beiden Kommunen wollten nicht auf Fördermittel verzichten.

Herr Schmidt teilt mit, dass Herr Hövel von drei verschiedenen Dingen spreche, nämlich von einer ganztagsähnlichen Schule, offenen Ganztagschule und von einer Ganztagschule. In diesem Fall werde nur über die offene Ganztagschule gesprochen. Über den Antrag könne noch nicht abgestimmt werden.

Frau Deitenbach erläutert nochmals den Antrag. Es solle geprüft werden, ob kurzfristig an einer Grundschule eine offene Ganztagschule eingerichtet werden könne. Dies bedeute, dass alle Grundschulen die Möglichkeit hätten, wenn sie kurzfristig ein Konzept vorlegen würden. Es sollte keine Schule bevorzugt werden.

Herr Ersfeld erklärt, dass bei der Stadt Neunkirchen-Seelscheid ganz andere Voraussetzungen beständen als in Eitorf. Die Stadt Neunkirchen-Seelscheid besitze 2 Kindergärten, die die Betreuung der Grundschul Kinder bereits übernommen hätten. Er ist der Auffassung, dass aus dem Antrag der SPD hervorgehe, dass die GGS Harmonie bevorzugt werden soll.

Herr Ludwigs verweist auf den Erlass vom 12.02.2003, aus dem hervorgehe, dass als weitere Voraussetzung eine Kurzfassung eines abgestimmten Konzeptes mit dem Schulträger und den örtlichen Kinder- und Jugendhilfeträger vorliegen müsse. Dies könne die Verwaltung in so kurzer Zeit nicht leisten.

Herr Hövel stellt fest, dass der SEP die Entscheidung der Schulkonferenz Harmonie beeinflusst habe, da dieser keinen Hinweis enthalte, dass die GGS Harmonie eine Ganztagschule einrichten möchte. Der Verwaltung sei bekannt, dass die GGS Harmonie schon seit 3-4 Jahren an einer Ganztagschule interessiert sei. Herrn Hövel ist es wichtig, dass das Thema offene Ganztagschule weiter verfolgt wird.

Herr Schmidt merkt an, dass dies aber ohne Zeitdruck geschehen werde.

Herr Viehof teilt mit, dass die Schulkonferenzen so schnell wie möglich entscheiden sollten, damit der Antrag noch bis zum 31.05.2003 gestellt werden könne. Denn, für den Fall, dass die anderen Grundschulen noch keine offene Ganztagschule einrichten wollen, könne aber zumindest ein Antrag für die GGS Harmonie gestellt werden. Eine Schule könnte somit Erfahrungen sammeln.

Herr Müller fragt nach, ob der Investitionszuschuss in Höhe von 320.000 € je Schule zur Verfügung gestellt werde oder ob sich diese auf die Kommune beziehe.

Herr Hövel erklärt, dass es sich um 300.000 bis 320.000 € pro Schule handele.

Herr Müller fragt nach, ob die Zahlen auch der Verwaltung vorlägen.

Herr Ludwigs antwortet, dass die Zahlen offiziell noch nicht bekannt seien.

Anmerkung der Verwaltung:

Ein Schnellbrief des Städte- u. Gemeindebundes NRW vom 15.05.2003 bezgl. offene Ganztagschule ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Müller ist der Ansicht, dass alles noch sehr unsicher sei. Er wisse nicht, wie die anderen Schulen und die Schulleiter zu diesem Thema stehen und welche Konzepte es gebe. Diese Dinge müssten erst abgeklärt werden, bevor entschieden werde.

Frau Deitenbach erklärt, dass die Zahlen aus einer öffentlichen Informationsveranstaltung von Herrn Schäfer vom Ministerium stammten. Die Zahlen würden sich auf die jeweilige Schule und nicht auf die Kommune beziehen.

Sie teilt noch mal mit, dass der Antrag beinhalte, dass zumindest eine Grundschule in eine Ganztagschule umgewandelt werden solle. Diesem Antrag könnte der SchA zustimmen. Ob die Verwaltung die notwendigen Maßnahmen fristgerecht erledigen könne, stehe auf einem anderen Blatt. Sie könne sich vorstellen, wenn der Bürgermeister der Stadt Neunkirchen-Seelscheid schon lange an diesem Thema arbeite, es für die Verwaltung schwierig werde, die Angelegenheit in den nächsten zwei Wochen zum Abschluss zu bringen.

Herr Duldhardt ist der Auffassung, dass es doch ein Vorteil sei, wenn eine Schule sich mit dem Konzept einer Ganztagschule befasst hätte. Die anderen Schulen könnten nur einen Nutzen davon haben.

Herr Schmidt ist erstaunt darüber, dass die SPD-Fraktion mit vier Personen vertreten sei, obwohl eigentlich nur 3 Personen Mitglied im SchA wären.

Weiterhin erklärt Herr Schmidt, dass nicht nur ein pädagogisches Konzept vorhanden sein müsse, sondern auch die finanzielle Seite abgeklärt werden müsse. Da der Verwaltung aber noch keine genauen Zahlen vorlägen und die Gemeinde so gerade am Haushaltssicherungskonzept vorbei gekommen sei, könne über den Antrag noch nicht entschieden werden.

Herr Viehof erklärt, dass nach der Geschäftsordnung der Antragsteller zum Antrag Stellung nehmen dürfe.
Im übrigen möchte er von der Verwaltung wissen, wie hoch die Fördervoraussetzungen und der Investitionszuschusses sei.

Herr Ludwigs erklärt nochmals, dass die Förderrichtlinien der Verwaltung noch nicht vorliegen. Es kämen auch noch Sachkosten auf die Gemeinde zu, die schwer abzuschätzen wären, wie z. B. Abschreibung, kalkulatorische Verzinsungen, Verwaltungskosten sowie allgemeine Unterhaltungskosten. Aus diesem Grund könne die Verwaltung nicht bis zur Antragsfrist tätig werden.

Nach Abschluss der Diskussion lässt Vorsitzende Rotscheroth über den Antrag der SPD-Fraktion in zwei Abschnitten abstimmen.

Beschluss-Nr. Der SchA lehnt den Antrag der SPD-Fraktion bezügl. Information über die Fördervoraussetzungen und Förderbedingungen des Investitionszuschusses im Rahmen der offenen Ganztags-
XI/11/60 grundschule, durch die Verwaltung ab.

Abstimmungs- Mehrheitsbeschluss bei 3 Gegenstimmen
Erg.:

Beschluss-Nr. Der SchA lehnt den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Prüfauftrag, ob eine der gemeindlichen Grundschulen schon kurzfristig zum Schuljahr 2003/2004 eine offene Ganztags-
XI/11/61 schule anbieten kann, ab.

Abstimmungs- Mehrheitsbeschluss bei 3 Gegenstimmen
Erg.: